

Protokoll der 1. Sitzung des Inklusionsbeirates am 02.03.2023, 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Teilnehmende:

Verbände:

Elke Würz – Aktion für Behinderte
Mathias Rau – Diakonisches Werk
Thomas Brendel – Blindenbund Bezirksgruppe Lahn-Dill
Hans-Jürgen Reeh, Sozialverband VdK
Sabine Kracht – Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg
Joachim Nieth – Ortsbund der Gehörlosen Wetzlar

Fraktionen:

Matthias Bender- CDU-Kreistagsfraktion
Gudrun Esch – FWG-Kreistagsfraktion
Rudolf Jakisch – AFD-Kreistagsfraktion
Emely Green – Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Christiane Ohnacker – Kreistagsfraktion Die Linke

Verwaltung:

Stephan Aurand
Anne Peter-Lauff
Susanne Eiben

Gebärdendolmetschende:

Marc-Oliver Vorköper
Sandra Friedrich-Austermühle
Lydia Elett (Praktikantin)

Gäste:

Hans Beilborn – Hand & Ohr gGmbH
Andrea Theiss – IG Metall
Laura Ruppert – IFD Gießen-Wetzlar
Rolf Westerhausen – Seniorenbeirat Ehringshausen
Erika Moser – Seniorenbeirat Ehringshausen
Sigrid Kling – Seniorenbeirat Ehringshausen
Hannelore Spenler – Seniorenbeirat Aßlar

1. Begrüßung/Protokoll

Frau Würz begrüßt alle Anwesenden. Das Protokoll der Sitzung vom 03.11.2022 wird ohne Änderungswünsche genehmigt. Sie begrüßt die Gäste der Seniorenbeiräte Ehringshausen und Aßlar.

2. Vorstellung des Jahresberichts 2022

Frau Eiben stellt den Jahresbericht 2022 vor. Der Jahresbericht ist dem Protokoll beigelegt.

Da im Anschluss keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge von den Anwesenden gemacht werden stellt Frau Würz die Genehmigung des Jahresberichtes fest. Der Bericht wird dann so in den Kreistag weitergeleitet. Sie teilt weiter mit, dass sie den Bericht in der Vergangenheit als Mitglied des Kreistages selbst dort vorgestellt habe. Da sie nun aber nicht mehr Mitglied im Kreistag ist bittet sie die Mitglieder der anderen Fraktionen sich zu einigen, wer den Jahresbericht im Kreistag vorstellt. Sinn dessen sei ja, dass auch im Kreistag ein Bewusstsein für Inklusion entwickelt werde und dass auch dort darüber geredet wird und man aufmerksam wird.

Hierzu merkt Herr Aurand an, dass der Kreistag eine neue Geschäftsordnung habe. Diese sehe nun vor, dass zwei Tagesordnungen vorzusehen sind. Eine der Tagesordnungen sehe die Punkte vor, über die diskutiert werde und die zweite Tagesordnung sehe die Punkte vor, über die nicht diskutiert werde. In der zweiten Tagesordnung seien in der Regel Verwaltungsvorlagen und solche Berichte wie der Jahresbericht des Behindertenbeirates vorgesehen. Sinn und Zweck dieser Aufteilung sei es die Sitzungen des Kreistages zu entschlacken. Man könne vorsehen den Bericht auf die Tagesordnung der zu diskutierenden Themen zu nehmen, dies müsste dann im Ältestenrat vorgetragen werden. Andererseits sei durch die Vorstellung des Berichts im Sozialausschuss die öffentliche Berichterstattung gegeben. Dort könne in aller Ruhe der Bericht öffentlich vorgestellt und besprochen werden. Somit gäbe es zwei Möglichkeiten: die im Kreistag vertretenen Fraktionen könnten darum bitten den Jahresbericht des Behindertenbeirates 2022 auf die zu diskutierende Tagesordnung zu nehmen oder der Bericht wird öffentlich im Sozialausschuss vorgestellt.

Frau Green teilt hierzu mit, dass sie es bedauerlich findet, wenn durch die neue Geschäftsordnung der Bericht nicht auf die Tagesordnung der zu diskutierenden Punkte genommen werde und damit das Thema Inklusion hinten runterfalle. Es sei richtig, dass im Sozialausschuss auch entsprechende Expertise zu dem Thema Inklusion vorhanden sei, allerdings sollte das Thema im Kreistag nicht nur durchgewunken werden und so das Thema Inklusion gar nicht mehr zur Sprache kommen.

Frau Würz plädiert noch einmal darum den Bericht auf die Tagesordnung der zu diskutierenden Punkte zu nehmen, da es aus ihrer Sicht sonst keinen Sinn macht einen Bericht zu erstellen. Letztendlich überließe sie die Entscheidung jedoch Herrn Aurand bzw. den Mitgliedern der Fraktionen.

3. Bildung von Arbeitsgruppen

Es wurde in der Vergangenheit angeregt eine Arbeitsgruppe für Barrierefreiheit zu gründen. Da Herr Brendel den Vorschlag eingebracht hatte wurde dieser zu Wort gebeten. Herr Brendel führt dazu aus, dass im öffentlichen Raum viele Barrieren für verschiedenste Behinderungen vorhanden seien. Es sei wichtig zunächst eine Bestandsaufnahme zu machen, wo etwas barrierefrei ist aber auch wo etwas neugestaltet wird um dort direkt auf die Einhaltung der Barrierefreiheit zu achten. Dies könne im öffentlichen Verkehrsraum,

Straßen, Fußgängerquerungen, Bushaltestellen, aber auch die Anbindung des neuen Kreishauses an die Infrastruktur des Nahverkehrs bzw. den Eingang des Kreishauses sein.

Frau Ohnacker führt aus, dass aus ihrer Sicht im Bereich der Digitalisierung, der Nutzung von Apps und das Fehlen entsprechender Endgeräte, ob im Beruf oder für die Bürger des Lahn-Dill-Kreises, die Fragestellung wichtig ist, ob jeder diese nutzen kann, jeder ein entsprechendes Endgerät hat bzw. nutzen will und ob und wie hier die Barrierefreiheit eingehalten wird. Sie regt an, eine Arbeitsgruppe für das Thema Digitalisierung zu gründen und den Bestand zu erheben, welche Dinge bereits barrierefrei angeboten werden und welche noch barrierefrei gestaltet werden müssen.

Frau Würz zieht als Zwischenbilanz, dass sich diese beiden Bereiche vermutlich nicht in einer AG verbinden lassen werden.

Herr Beilborn teilt mit, dass für Gehörlose die Barrierefreiheit besonders wichtig sei, wenn beispielsweise Behördengänge erledigt werden müssen und gerade kein Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung steht. Hier müssten andere Lösungen gefunden werden, um gerade auf Behörden eine Barrierefreiheit zu schaffen damit spontane Behördengänge auch ohne anwesenden Gebärdensprachdolmetscher möglich sind. Vor 15 Jahre sei die Inklusion aufgekommen und bislang habe sich für Gehörlose nur wenig verbessert. Die Probleme, die vor 15 Jahren bestanden seien immer noch vorhanden. Deshalb sei es wichtig, dass in diesen Arbeitsgruppen auch 1-2 Gehörlose mitarbeiten.

Frau Green regt das Thema inklusive Kreisverwaltung als Thema. Als weiteres Thema regt sie die soziale und kulturelle Teilhabe an.

Frau Würz regt an zunächst erstmal eine Arbeitsgruppe zu bilden und schlägt vor, eine AG „Mobilität“ zu gründen. Sie führt aus, dass laut der Satzung bei Einrichtung einer Arbeitsgruppe die Art der AG (dauerhaft oder zeitlich befristet), die Anzahl der Mitglieder, die Sitzungshäufigkeit und sonstiger Umfang sind festzulegen.

Frau Ohnacker schlägt vor zunächst zu erheben, wie viele Gruppen nach den Vorschlägen vorhanden wären. Dann könnte man ja schauen, wie häufig, für welche Zeit etc. Sie gibt zu bedenken, dass bei nur einer AG die anderen Themen sich zeitlich weit nach hinten verschieben.

Frau Würz führt dazu aus, dass zu berücksichtigen ist, dass wir ja keine Vielzahl an blinden, gehörlosen oder mobil eingeschränkten Personen haben und es dann vielleicht schnell zu viele Termine werden könnten.

Herr Brendel führt aus, dass möglichst schnell mit der Einrichtung der Arbeitsgruppen begonnen werden sollte, da die Wahlperiode ja nicht mehr allzu lang ist. Auch die Digitalisierung gehört aus seiner Sicht unter Umständen zum Thema Mobilität, da auch Apps für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln benötigt werden.

Herr Aurand schlägt vor zunächst eine Arbeitsgruppe zu installieren. Die Wahlperiode dauere noch 3 Jahre an, denn 2026 seien erst wieder Kommunalwahlen, so dass im bestehenden Inklusionsbeirat noch Zeit sei, etwas zu bewegen. Mobilität und Barrierefreiheit seien häufig genannt worden und wichtige Themen, die auch eng miteinander verbunden

seien. Er regt daher an als Versuch zunächst eine AG zu bilden, da sich ja auch erstmal die Teilnehmenden finden müssten, Ziele definiert werden müssten, Frequenz der Treffen etc. Eine weitere Gruppe zu einem anderen Thema könnte auch zu einem späteren Zeitpunkt noch gebildet werden.

Herr Bender stimmt diesem zu, da die Themen Mobilität und Barrierefreiheit auch aus seiner Sicht die vorwiegenden Themen sind.

Frau Eiben führt aus, dass hierbei beachtet werden sollte, dass insbesondere bei dem Thema Mobilität das Areal der Stadt Wetzlar außen vor bleiben sollte. Es ist bekannt, dass der Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar und auch die Vorsitzende des Behindertenbeirates der Stadt Wetzlar in diesem Thema sehr stark engagiert sind und es sollte daher vermieden werden, den Eindruck zu erwecken konkurrieren zu wollen bzw. sich einzumischen. Da Frau Eiben als Gast am Fahrgastbeirat teilnehmen kann ist es auch darüber möglich, etwaige Themen dort anzusprechen.

Frau Esch regt die Bildung einer Arbeitsgruppe an, die alle genannten Themen (Barrierefreiheit, Digitalisierung, Mobilität, etc.) in Bezug auf das Kreishaus umzusetzen. Also wie kommt man zum Kreishaus, wie ist die Situation für Blinde oder Gehörlose, wie kann man die Internetseite nutzen, etc.

Frau Green unterstützt diesen Vorschlag.

Herr Aurand führt aus, dass die Kreisverwaltung insgesamt etwa 20 Liegenschaften hat. Er findet die Idee der Inaugenscheinnahme aller Liegenschaften und der Dienstleistungsangebote interessant, wobei natürlich der Standort in Wetzlar mit bald 4 Gebäuden der Größte ist.

Herr Brendel hält die Aussage von Frau Eiben für sinnvoll, nicht nur die Stadt Wetzlar zu sehen und damit die beiden Behindertenbeiräte konkurrieren zu lassen. Es geht ihm darum, nicht nur zu schauen wie aktuell der Bestand ist, sondern sich auch bei Bauvorhaben und aktuellen Baustellen einzuschalten und zu schauen, wie die Dinge dort umgesetzt werden sollen um eventuell noch Einfluss nehmen zu können. Nur die kreiseigenen Liegenschaften in Augenschein zu nehmen halte er daher für falsch, insbesondere wenn quasi nebenan gerade eine Baustelle ist. In Bezug auf die digitale Barrierefreiheit möchte er anmerken, dass das Gremienportal nicht barrierefrei ist und Frau Eiben ihm daher immer die Unterlagen zuschicken müsse, da er sonst die Unterlagen nicht lesen könne. Somit wäre da noch Handlungspotential.

Frau Ohnacker fragt, ob beim Neubau geplant sei diesen barrierefrei zu machen. Herr Aurand verweist an Frau Eiben, da diese aus seiner Sicht da mit einbezogen war. Frau Eiben teilt dazu mit, dass sie sich selbst in die Planung eingeschaltet habe und versucht habe alle Arten der Behinderungen berücksichtigt zu wissen. Allerdings habe sie den Eindruck, dass in verschiedenen Bereichen die Kosten wichtiger seien, als die Barrierefreiheit. Ob und wie die Vorschläge von ihr umgesetzt werden kann sie nicht beantworten.

Herr Rau von der Diakonie nimmt zum ersten Mal an der Sitzung teil und fragt daher nach er Arbeitsweise des Beirates und wie die Arbeitsabläufe sind. Er regt an jemanden zu dem

Thema Neubau in den Beirat einzuladen der die Pläne zeigt, das Konzept des Neubaus vorstellt und der Beirat dann nochmal darüber reden kann. Herr Rau teilt mit, dass er im Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar tätig sei und dort Einblick in die Pläne von z. B. Volkshochschule, Schwimmbad etc. habe und im gesamten Beirat darüber diskutiert werde.

Frau Ohnacker teilt mit, dass sie davon ausgegangen sei, dass bei einem Neubau vorausschauend gedacht wird und auf Barrierefreiheit geachtet wird.

Herr Aurand führt aus, dass natürlich auf Barrierefreiheit geachtet werde. Nach der Hessischen Bauordnung erhalte man ja nur eine Baugenehmigung, wenn alle Vorgaben eingehalten wurden. Aber natürlich gäbe es auch zwischen den Fachleuten wie z. B. der Behindertenbeauftragten und den Ausführenden mal Konflikte. Die Hessische Bauordnung gelte und damit sei die Überprüfung durch jeden Architekten und auch in der Ausführung des Baus vorgeschrieben.

Frau Peter-Lauff merkt an, dass Herr Strack-Schmalor bereits in der Vergangenheit zu Gast im Behindertenbeirat gewesen sei und seinerzeit zugesagt habe zu gegebener Zeit zu dem Thema Neubau zu berichten. Zwar habe er mit dem Bau des Gebäudes nichts zu tun, werde aber mit der Ausländerbehörde in den Neubau einziehen und hatte Bereitschaft signalisiert, hierüber im Beirat zu informieren.

Frau Würz schlägt vor, dies in einer der nächsten Sitzungen des Inklusionsbeirates anhand des Beispiels des Neubaus des Gebäude A der Kreisverwaltung zu machen. Allerdings vertritt sie die Auffassung, dass zukünftig nicht in jeder Sitzung etwaige Baumaßnahmen besprochen werden könnten, da der Inklusionsbeirat sonst nicht zu weiteren Themen käme.

Frau Peter-Lauff ergänzt, dass zu den Bauten des Lahn-Dill-Kreises natürlich auch Flüchtlingsunterkünfte gehören. Hier werde Frau Eiben als Behindertenbeauftragte eingebunden, um Abweichungen festzustellen. Bei vielen Bauten werde es Abweichungen geben, diese müssten dann nachgebessert werden. Im Bereich der Flüchtlingsunterkünfte gäbe es allerdings auch Abweichungen, die nicht nachgebessert werden können. In diesem Fall werde dann dafür Sorge getragen, dass bestimmte Personen in solchen Unterkünften dann nicht untergebracht werden.

Frau Würz regt abschließend an den Neubau auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen und sich die Pläne und das Vorhaben erklären zu lassen und noch Ideen eingebracht werden können.

Bezüglich der Arbeitsgruppen fragt Frau Würz in die Runde, ob nun das Thema Kreishaus bzw. Liegenschaften des Lahn-Dill-Kreises als Arbeitsgruppe genommen werden soll. Sie geht allerdings davon aus, dass Menschen mit Beeinträchtigungen relativ selten in Gebäude wie die Kreisverwaltung kommen und ihnen daher andere Themen lebensnäher sind.

Frau Ohnacker führt hierzu aus, dass Mobilität und Barrierefreiheit in ihren Augen einen Punkt bilden. Aus Sicht der Betroffenen seien sicherlich die Dinge, mit denen sie im täglichen Leben am meisten konfrontiert werden, wie einkaufen, Mobilität, aber auch soziale und kulturelle Teilhabe am wichtigsten. Vielleicht sollte man zunächst die Themen sammeln, die für die Betroffenen am wichtigsten sind und somit eine AG nach den Wünschen der Betroffenen einrichtet.

Herr Jakisch teilt mit, dass nach Aussage von Herrn Aurand der Neubau ja behindertenfreundlich gestaltet sein soll. Er möchte wissen, ob der Altbau auch noch nachgerüstet wird. Auf Nachfrage wird verdeutlicht, dass er das Gebäude D meint. Herr Aurand führt dazu aus, dass bei Planung des Gebäudes D die Hessische Bauordnung bereits modernisiert in Kraft war und der Gebäudeteil D schon vor 10 Jahren schon sehr modernisiert gebaut worden ist. Dementsprechend ist aktuell keine weitere Sanierung geplant.

Frau Green teilt mit, dass sie aus den Aussagen von Herrn Brendel und Herrn Beilborn entnimmt, dass die Themen Mobilität und Behördengänge für die betroffenen Menschen zunächst die wichtigsten Themen sind. Sie regt an, dass nicht Fraktionen auf die Themen drängen, sondern hier die Themen der Betroffenen angegangen werden sollen. Herr Brendel unterstützt dieses Ansehen. Aus seiner Sicht ist auch die Digitalisierung in der Verwaltung ein Thema, da dies einen Besuch im Kreishaus unnötig machen könnte. Er regt aber auch an, zunächst mit einer AG zu starten um auch festzustellen, wie die Zusammenarbeit funktioniert. Weitere Arbeitsgruppen können dann auch zu einem späteren Zeitpunkt noch gebildet werden.

Frau Würz regt an die AG „Mobilität“ zu gründen und darin auch die Barrierefreiheit einzubeziehen. Die AG „Mobilität“ soll das Ziel haben, die Barrierefreiheit im Verkehr und überall wo man sich bewegt festzustellen und möglichst zu fördern und zu verbessern.

Hierüber wurde einstimmig abgestimmt.

Bereit zur Mitarbeit sind: Frau Green, Frau Ohnacker, Herr Brendel, Herr Bender, Frau Eiben. Auf Nachfrage, ob Herr Beilborn oder Herr Nieth als Gehörlose ebenfalls bereit sind an dieser Gruppe teilzunehmen teilt Herr Beilborn mit, dass er dazu bereit wäre in eine Arbeitsgruppe zu gehen in der speziell die Bedarfe oder Bedürfnisse von Gehörlosen berücksichtigt werden, aber in einer übergeordneten Arbeitsgruppe sehe er sich eher nicht. Herr Brendel bedauert diese Entscheidung, da Gehörlose vielleicht im Bereich Mobilität andere Bedarfe haben wie Blinde oder Rollstuhlfahrer, die die Bedürfnisse von Gehörlosen nicht kennen können. Er findet es schade, dass der Wunsch besteht, eine Arbeitsgruppe nur für Gehörlose bilden zu wollen. Aus seiner Sicht sei dies keine Inklusion.

Herr Beilborn teilt mit, dass eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit generell bestehe. Er wolle jedoch zunächst mit seinen Kollegen besprechen ob man sich abwechseln kann, weil er wahrscheinlich alleine in einer solchen Arbeitsgruppe zeitlich überfordert wäre.

Frau Würz regt an, noch jemandem im Rollstuhl zu beteiligen. Da Herr Pellinnis und Frau Höge leider nicht anwesend sind sollen diese gesondert angefragt werden. Frau Green fragt, ob es möglich ist einen Aufruf zu starten, dass beispielsweise bei Begehungen noch Menschen außerhalb des Inklusionsbeirates teilnehmen könnten. Laut Frau Würz ist dies laut Satzung nicht möglich. Frau Eiben geht davon aus, dass eine freiwillige Teilnahme ohne Entschädigung möglich ist. Dies wird von Herrn Aurand verneint. Es sollten Mitglieder des Inklusionsbeirates sein, die eine Arbeitsgruppe bilden und diese Ergebnisse dann in den Inklusionsbeirat transportieren. Deshalb sollte von der Einbindung anderer Personen abgesehen werden. Den Hinweis von Frau Eiben, dass es laut Satzung auch die Möglichkeit gibt externe Berater zu nutzen hält Herr Aurand für nicht zielführend.

Da laut Satzung die Mitglieder der Arbeitsgruppen zu benennen sind wird festgehalten, dass Frau Green, Frau Ohnacker, Herr Bender, Herr Brendel, Frau Eiben und gegebenenfalls Herr Pellinnis oder Frau Höge und gerne auch eine Person von Hand & Ohr, also 7-8 Personen insgesamt. Es muss des Weiteren festgelegt werden, ob die AG zeitlich befristet oder dauerhaft eingerichtet wird. Frau Würz regt an die AG dauerhaft einzurichten, da das Thema Mobilität sehr umfangreich ist und sicherlich die AG langfristig beschäftigen wird. Herr Aurand schlägt ein Stufenverfahren hierzu vor, indem zunächst bis 31.12.2023 die Ergebnisse im Inklusionsbeirat vorzustellen sind. Danach soll entschieden werden, ob die Arbeitsgruppe dauerhaft eingerichtet wird.

Herr Brendel regt an den Zeitraum auf die Zeit bis 30.06.2024 zu erweitern, da die letzte Sitzung des Inklusionsbeirates für 2023 bereits im November stattfindet, das wären dann nur 8 Monate. Hiermit erklärte sich Herr Aurand einverstanden.

Die AG wird somit für die Zeit bis 30.06.2024 befristet mit Option auf Verlängerung.

Frau Würz teilt weiter mit, dass aus der AG einen Sprecher zu wählen ist, der dann über die stattgefundenen Sitzungen und die Ergebnisse im Inklusionsbeirat berichtet. Laut Frau Würz muss nicht in jeder Sitzung informiert werden. Der Sprecher kann dann bei der ersten AG gewählt werden. Auch die Sitzungsfrequenz soll festgelegt werden.

Herr Bender führt aus, dass die Gruppe in ihrer ersten Sitzung einen Sprecher wählen sollte. Danach kann die Gruppe sich überlegen welche Themen, vielleicht auch mit der Stadt Wetzlar oder mit dem Behindertenbeirat der Stadt Kontakt aufnimmt und dann überlegt wie oft man sich trifft.

Frau Eiben führt hierzu aus, dass sie bereits Kontakt zum Behindertenbeauftragten der Stadt Wetzlar, Herrn Böhmer, und auch mit der Vorsitzenden des Behindertenbeirates der Stadt Wetzlar, Frau Keiner, aufgenommen wurde, da ihrerseits die Sinnhaftigkeit und Wichtigkeit einer einvernehmlichen Zusammenarbeit gesehen wird. Frau Keiner hatte seinerzeit darum gebeten als Gast zu den Sitzungen des Inklusionsbeirates Lahn-Dill-Kreis eingeladen zu werden, leider hat sie diese bislang nicht wahrgenommen. Eine Gegeneinladung in den Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar erfolgt bislang nicht. Leider scheint wenig Interesse an einer Zusammenarbeit vorhanden zu sein.

Herr Jakisch fragt, ob der Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar Arbeitsgruppen gebildet hat. Hierzu führt Herr Rau aus, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, die sich mit dem Thema Mobilität beschäftigt. Die AG unternimmt auch Begehungen und dokumentiert Baufortschritte. Ihm ist nicht bekannt, ob es weitere Arbeitsgruppen gibt. Frau Würz schlägt vor, sich vom Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar hierzu berichten zu lassen. Frau Eiben schlägt vor, dies vielleicht von Vorsitzender zu Vorsitzender zu besprechen. Frau Würz fragt an, ob Herr Rau dies übernehmen könnte. Herr Rau teilt mit, dass er ungern ein Mandat aus dieser Runde mitnehmen möchte. Aus seiner Sicht sollte dies über die bisher entstandenen Kontakte angegangen werden. Er ist bereit, dies bei einer Gelegenheit bei Frau Keiner anzusprechen, sehe es aber nicht als seinen Auftrag. Er schlägt vor, den Sitzungsturnus der Gruppe selbst zu überlassen, dies sollte nicht jetzt im Inklusionsbeirat festgelegt werden. Die Gruppe sollte den Turnus, den sie nach Bildung festlegt, im Inklusionsbeirat mitteilen. Laut Herrn Aurand ist dies möglich. Frau Ohnacker regt an beim Behindertenbeirat der Stadt Wetzlar anzufragen, wie häufig dort Sitzungen der Arbeitsgruppe stattfinden. Aus ihrer Sicht sind die

Sitzungen des Inklusionsbeirates mit einer Sitzung pro Quartal recht wenig und es sollte in den Arbeitsgruppen ein kürzerer Turnus sein. Herr Aurand führt dazu aus, dass die Arbeitsgruppen des Lahn-Dill-Kreises als kreisweite Organisation 2-3 x pro Jahr tagen. Alles andere sei aus seiner Sicht eine Überforderung, es sei denn, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe sich in der Lage sehen in kürzeren Abständen zusammen zu kommen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass viele Mitglieder in sehr vielen Organisationen, Verbänden, Vereinen, Ausschüssen, Parlamenten, etc. tätig seien. Herr Brendel schlägt vor sich bis zur nächsten Sitzung des Behindertenbeirates 2x zu treffen und dann einen satzungsgemäßen Turnus festzulegen. Dies wird begrüßt. Hiermit wird die Gründung der Arbeitsgruppe abgeschlossen.

4. Informationen der kommunalen Behindertenbeauftragten

Frau Eiben informiert über verschiedene Veranstaltungen, Förderangebote, etc. Diese werden an die Mitglieder des Inklusionsbeirates nach der Sitzung per Mail versendet und befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Sie berichtet weiter über einen Termin am 14.02.2023 bei der Lahn-Dill-Akademie. Diese möchte in Zukunft das Angebot erweitern und sowohl Kurse für Menschen mit Behinderungen, als auch zur Bewusstseinsöffnung anbieten. Ideen hierzu wären unter anderem Vorträge, z.B. Heranführung an unterschiedliche Behinderungsarten oder barrierefreies Wohnen, Textwerkstatt in einfacher Sprache, Intuitives Zeichnen, Zentangle® Meditative Zeichenmethode, musikalische Angebote ohne Noten wie Percussion, Tanze auf dem Stuhl/Rollstuhl oder auch Yoga auf dem Stuhl/Rollstuhl, einfache Gerichte kochen oder die Gebärdensprache zu erlernen.

Des Weiteren wurde vom Präventionsrat des Lahn-Dill-Kreises die Einladung ausgesprochen, am Tag der Prävention am 05.06.2023 in der Volkshalle in Ehringhausen mit einem Tisch den Inklusionsbeirat des Lahn-Dill-Kreises der Öffentlichkeit vorzustellen.

Frau Kracht schlägt vor, dass sich die Lahn-Dill-Akademie im Inklusionsbeirat vorstellt, wenn ein entsprechendes Programm mit inklusiven Angeboten vorliegt. Frau Eiben teilt hierzu mit, dass bereits mit der Lahn-Dill-Akademie besprochen wurde, dass eine der nächsten Sitzungen des Inklusionsbeirates in der Lahn-Dill-Akademie stattfinden kann. Dies muss terminlich noch abgestimmt werden.

Frau Kracht regt an, dass für die Erweiterung des Kursangebotes die Lahn-Dill-Akademie mit dem Bereich „Offene Hilfen“ der Lebenshilfe Kontakt aufnimmt, da von dort ja bereits Kurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene angeboten werden, sowohl ausschließlich für Menschen mit Behinderung als auch inklusive Angebote.

5. Verschiedenes

Herr Aurand teilt mit, dass aufgrund der Erdbeben-Katastrophe im Bereich Türkei/Syrien kurzfristig die Idee einer Benefiz-Veranstaltung entstanden sei. Am Dienstag dem 09.05.2023 wird daher um 19.30 Uhr das Heeres-Musikkorps der Bundeswehr für eine Benefizveranstaltung auftreten. Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

Bezüglich der aktuellen Flüchtlingssituation teilt Herr Aurand mit, dass nach wie vor ein großes Fluchtgeschehen gibt. Im Moment gibt es im Lahn-Dill-Kreis etwa 6.000 Personen mit Fluchthintergrund, darunter etwa 3.500 Personen aus der Ukraine. Im Moment hat der Lahn-Dill-Kreis in Haiger am Paradeplatz (bis 30.06.2023) und in Wetzlar im Finsterloh (bis 07.05.2023) zwei Notunterkünfte errichtet. Dort seien im Moment 450 Personen insgesamt untergebracht, somit sind die Kapazitäten der Unterkünfte nicht voll ausgelastet. Dies bedeute, dass aktuell noch immer Gemeinschaftsunterkünfte und private Unterkünfte generiert werden können, so dass weiterhin eine dezentrale Unterbringung erfolgt. Dies ist positiv zu bewerten. Des Weiteren stehe man mit mehreren Städten und Gemeinden im Gespräch um mittelfristig für die nächsten 5 Jahre mehrere hundert Plätze insgesamt zu schaffen und damit eine Möglichkeit des Jonglierens zu haben. Die Unterkünfte sollen auch in Leichtbauweise oder auch in menschenwürdigen Container-Lösungen erfolgen, wie aktuell in Mittenaar oder Aßlar. Aktuell wird versucht eine Lösung mit der Stadt Solms bezüglich der Unterbringung von Personen zu erarbeiten. Es wird versucht eine Mustervereinbarung auf den Weg zu bringen um dann weitere Projekte diese dann auch mit weiteren Städten und Gemeinden umsetzen zu können. In Solms sollen dann bis zu 200 Menschen eine Unterkunft finden. Ursprünglich hatte man gehofft eine größere Anzahl von Menschen dort unterzubringen, allerdings müsse man auch auf die Menschen vor Ort Rücksicht nehmen. In der kommenden Woche findet noch eine Stadtverordnetensitzung von der Stadt Solms zu diesem Thema statt. Wenn dort das Vorhaben positiv beschlossen wird muss sich am 27.03.2023 noch der Kreistag mit dem Vorhaben beschäftigen. Wenn dort grünes Licht gegeben werde könne man sich mit weiteren Städten und Gemeinden befassen.

Problematisch sei einerseits, die kurzfristige Auflösung der beiden Zeldörfer in Haiger und Wetzlar hinzubekommen, da weitere Projekte voraussichtlich erst im Herbst oder Winter oder erst im kommenden Jahr umgesetzt werden könnten, da dann auch erst ersichtlich ist wie viele Personen voraussichtlich zukünftig kommen werden. Dies werde dann mit den Städten und Gemeinden abzusprechen sein. Am 14.03.2023 findet daher eine Sonder-Bürgermeisterdienstversammlung statt. Der Druck bei der Aufnahme der Flüchtlinge ist ein wenig zurückgegangen. Ursprünglich sollte der Lahn-Dill-Kreis bis 31.03.2023 744 Personen aufnehmen. In der vergangenen Woche seien jedoch nur 37 Personen zugewiesen worden. Es sei anzumerken, dass seit 4 Wochen wieder deutlich mehr Menschen aus der Ukraine in die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung kommen. Innerhalb einer Woche habe die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen 1.070 Personen aufgenommen. Hiervon seien 750 Personen aus der Ukraine. Dies sei im vergangenen Jahr teilweise umgekehrt gewesen; zeitweise seien deutlich mehr Personen aus anderen Fluchtländern nach Deutschland gekommen, als aus der Ukraine.

Frau Ohnacker teilt mit, dass am Samstag den 11.03.2023 von 16 - 18 Uhr in der Bahnhofstraße in Wetzlar eine Spendenaktion für die Erdbebenopfer unter dem Titel „Musik verbindet“ stattfindet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt schließt Frau Würz die Sitzung um 18.00 Uhr.

Eiben
(Geschäftsführung Behindertenbeirat)
Anlagen